

## Informationszentrum Asyl und Migration

# Briefing Notes

15. April 2013

### Pakistan

#### **Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz: Über 140 Tote**

Am 13.04.13 explodierte eine Bombe nahe dem Mattani-Basar in Peshawar. Es gab neun Tote und zehn Verletzte, als ein Kleinbus mit Passagieren vorbeifuhr.

Die Operation der Sicherheitskräfte gegen die Terrororganisationen der pakistanischen Taliban (TTP) und der ebenfalls dem Umfeld der TTP zuzurechnenden Lashkar-i-Islam (LI) im entlegenen Gebiet Akka Khel im Tirah-Tal (Unterdistrikt Bara) in der Khyber-Agentur (FATA) wurde fortgesetzt. Die Verluste unter den Sicherheitskräften und einer sie unterstützenden lokalen Anti-Talibanmiliz betragen bisher 23 Tote. Unter den Angehörigen der Terrororganisationen gab es 110 Tote. Die Kämpfe finden insbesondere an der Grenze zu der FATA-Agentur Orakzai statt. Die TTP und die LI hatten Differenzen wegen der Besetzung einer Führungsposition in der Nachfolge des vor einigen Monaten getöteten TTP-Führers Tariq Afridi. Diese wurden im Laufe der Operation der Sicherheitskräfte gegen beide Gruppierungen und Mangal Bagh, Führer der LI, wurde die Kommandogewalt in der Khyber-Agentur über die TTP-Kämpfer übertragen. Am 12.04.13 konnten die pakistanischen Taliban einen Gebietsteil zurückerobern. Dabei starben drei Taliban und zwei Mitglieder einer Miliz, die auf Seiten der Regierung kämpft.

Am 10.04.13 wurde ein Polizist getötet und ein weiterer verletzt als Bewaffnete ein Polio-Impfteam in Mosam-Koroono-Gebiet des Mardandistrikts nahe der afghanischen Grenze angriffen. Das Impfteam blieb unverletzt.

#### **Pakistanische Taliban haben Angriffe auf Politiker begonnen**

Am 14.04.13 wurde ein führender Lokalpolitiker der Awami National Party (ANP) in Swat (Khyber-Pakhtunkhwa-Provinz = KPK) von den Taliban getötet. Ferner gab es einen Angriff auf eine Kundgebung derselben Partei nahe Peshawar, bei der acht Menschen verletzt wurden. Am 01.04.13 erfolgte ein Angriff auf eine Kundgebung der ANP in Bannu (KPK). Es wurden zwei Menschen getötet und mehrere verletzt, darunter der Kandidat des Wahlkreises zur Nationalversammlung. Ferner wurden vor einiger Zeit ein ehemaliger Abgeordneter der Partei Muttahida Qaumi Movement (MQM) in Karachi und ein Kandidat zu den bevorstehenden Wahlen in Hyderabad getötet.

Die pakistanischen Taliban haben vor einiger Zeit angekündigt, dass sie gegen die säkularen Parteien vorgehen werden. Damit sind die ANP, die MQM und die Pakistan Peoples Party gemeint.

### Irak

#### **Sicherheitslage**

Am 10.04.13 wurden in Mosul (Provinz Ninive) fünf Angehörige der Sicherheitskräfte bei einem Anschlag getötet. Bei Baquba (Provinz Diyala) kam ein Zivilist bei einem Bombenanschlag ums Leben. Am 12.04.13 wurden bei Bombenanschlägen auf eine sunnitische Moschee in Baquba (Provinz Diyala) mindestens zwölf Menschen getötet und mehr als 20 verletzt. Bei einer Anschlagsserie am 15.04.13 u.a. auf den Internationalen Flughafen von Bagdad, in der Provinz Salahaddin und in Kirkuk gab es mehrere Tote und zahlreiche Verletzte.

Laut dpa-Meldung vom 15.04.13 wurden nach Angaben der UN-Mission für den Irak (UNAMI) im März 456 Menschen getötet, darunter 227 Angehörige der Sicherheitskräfte.

### **Erneut Anschläge auf irakische Regionalpolitiker**

Am 14.04.13 wurden erneut mehrere Kandidaten für die Regionalwahlen ermordet. Zudem traten zahlreiche Bewerber nach Morddrohungen zurück.

### **Erneute Todesurteile**

Laut einer Pressemeldung vom 10.04.13 verurteilte ein Gericht in Al-Kut (Provinz Wassit) drei Männer zum Tod durch den Strang. Sie sollen an einem Autobombenanschlag auf Armeeangehörige im September 2012 beteiligt gewesen sein.

Nach Amnesty International war im Jahr 2012 eine Zunahme von Todesurteilen und Hinrichtungen in Irak zu verzeichnen. Im Jahr 2011 wurden danach mindestens 68 Todesurteile vollstreckt, im Jahr 2012 waren es mindestens 129.

## **Syrien**

### **Viele Europäer kämpfen für Aufständische/Kämpfer aus Deutschland getötet**

Laut einer Studie des „International Centre for the Study of Radicalisation“ stellen Europäer einen merklichen Anteil der ausländischen Kämpfer. Demnach stammen 140 bis 600 der ca. 2.000 bis 5.000 Ausländer auf Seiten der Aufständischen aus Europa, darunter bis zu 40 aus Deutschland. Wie jetzt bekannt wurde, starb ein in Kiel wohnhafter Tschetschene bereits am 24.01.13 an einer Schussverletzung, nachdem er sich vermutlich den Aufständischen angeschlossen hatte.

### **Anschlag in Damaskus**

Bei einem Autobombenanschlag in einem Damaszener Geschäftsviertel sind am 08.04.13 mehr als 15 Menschen ums Leben gekommen, 53 wurden verletzt. Der Anschlag ereignete sich unmittelbar vor einer Schule in einem Stadtviertel, in dem auch das Finanzministerium und die Zentralbank liegen.

### **Indizien für den Einsatz chemischer Waffen**

Britische Militärexperten verfügen angeblich über Bodenproben aus der Nähe von Damaskus, die den Einsatz chemischer Kampfmittel belegen. Unklar blieb, welcher Stoff entdeckt wurde und welche Seite ihn einsetzte. Regierung und Aufständische beschuldigen sich gegenseitig, chemische Waffen einzusetzen. Unterdessen verweigerte die syrische Regierung einem UN-Expertenteam für Chemiewaffen die Einreise, obwohl sie dieses zuvor selbst angefordert hatte. Im Dezember 2012 hatte US-Präsident Obama den syrischen Präsidenten Assad eindringlich davor gewarnt, mit dem Einsatz chemischer Waffen eine „rote Linie“ zu überschreiten.

## **Westjordanland**

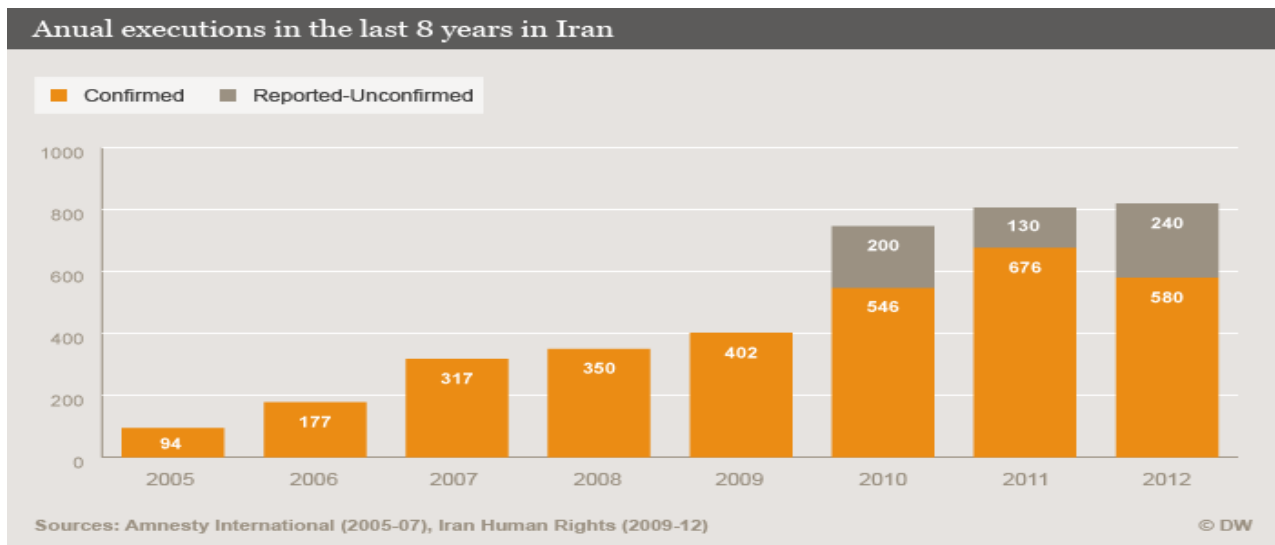
### **Premier Fayyad zurückgetreten**

Fayyad trat am 13.04.13 nach sechs Jahren im Amt zurück. Kritiker hatten beanstandet, das Wirtschaftswachstum sei eine Illusion gewesen. Es sei nur in der Baubranche und bei einigen Dienstleistungen sichtbar geworden, während die Masse der Bevölkerung unter den steigenden Preisen gelitten habe. Zuletzt wurde Fayyad vorgeworfen, an den Zahlungsschwierigkeiten der Palästinensischen Behörde mitschuldig zu sein. Als mögliche Nachfolger Fayyads wurden der Wirtschaftsfachmann Muhammad Mustafa, Leiter eines öffentlichen Investitionsfonds, und der Sprachwissenschaftler Rami Hamdallah, Präsident der Universität Nablus, genannt.

## Iran

### Trend zu mehr Hinrichtungen

Menschenrechtsorganisationen verweisen erneut auf die hohe Zahl von Hinrichtungen in Iran. Die Argumentation der iranischen Justiz mit der „Gesetzeslage“ insbesondere im Bereich der Drogenkriminalität halten westliche Beobachter für vorgeschoben. Die Organisation „Iran Human Rights“ (IHR) hat gemeinsam mit der französischen Organisation „Gemeinsam gegen die Todesstrafe“ („Ensemble contre la peine de mort“ - ECPM) ihren fünften Jahresbericht über die Todesstrafe in Iran vorgelegt. Mit 580 offiziellen Hinrichtungen bleibt Iran bezogen auf die Bevölkerungszahl das Land mit den meisten Hinrichtungen weltweit. Bereits Ende 2012 hatte Amnesty International anlässlich der Hinrichtung von zehn wegen Drogenvergehen Verurteilter von einem „staatlichen Amoklauf“ der iranischen Justiz gesprochen. Die Londoner Organisation hatte 344 Hinrichtungen seit März 2012 gezählt. Der UN-Iran-Berichterstatter Ahmad Shaheen ging in seinem Bericht vom Oktober 2012 sogar von einer weit höheren Zahl aus.



## Türkei

### Reform von Anti-Terror-Gesetzen

Das türkische Parlament verabschiedete am 11.04.13 eine Reform seiner Anti-Terror-Gesetze. Nunmehr wird nur noch die direkte Anstiftung zu Gewalt als Straftatbestand gewertet. Nach Angaben von Vertretern des türkischen Justizministeriums seien damit die Forderungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der EU nach mehr Meinungsfreiheit erfüllt.

In der Vergangenheit boten die Anti-Terror-Gesetze die Grundlage für eine Strafverfolgung vieler Politiker, Aktivisten und Journalisten, zum Teil nur wegen schriftlicher oder mündlicher Äußerungen.

### Ausschreitungen beim Ergenekon-Verfahren

Am 09.04.13 kam es am Rand des Prozesses gegen mutmaßliche Putschisten zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Nach türkischen Presseberichten, seien die Sicherheitskräfte außerhalb des Gefängnis- und Gerichtskomplexes in Silivri westlich von Istanbul mit Reizgas und Wasserwerfern gegen mehrere tausend Unterstützer der Angeklagten vorgegangen. Diese hätten regierungskritische Parolen skandiert und versucht, in den Gerichtssaal vorzudringen. Die Demonstranten sollen Knüppel und Steine eingesetzt haben, wobei auch mehrere Journalisten verletzt worden seien. Im Gerichtssaal auf dem Gefängnisgelände von Silivri wurde der Prozess gegen fast 300 mutmaßliche Mitglieder des Geheimbundes Ergenekon fortgesetzt, die laut Anklage im Jahr 2003 beabsichtigt hätten, die Regierung von Ministerpräsident Erdogan zu stürzen. Die Staatsanwaltschaft forderte beim letzten Verhandlungstag im März lebenslange Haftstrafen für die Hauptangeklagten, darunter Ex-Generalstabschef Ilker Basbug. Im Verhandlungssaal gaben die Angeklagten, darunter Journalisten, Politiker und Ex-Generäle, nunmehr ihre Schlusserklärungen ab. Ein Urteil könnte in den kommenden Monaten ergehen.

## Ägypten

### **Richter im Prozess gegen Hosni Mubarak erklärt sich für befangen**

Im zweiten Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Mubarak wegen des Todes von mehr als 800 Demonstranten im Verlauf der Revolution von 2011 erklärte sich der vorsitzende Richter Mustafa Hassan Abdallah wenige Minuten nach Verhandlungsbeginn am 13.04.13 für befangen. Er verwies das Verfahren zur Bestimmung eines anderen Richters an das Berufungsgericht zurück. Abdallah hatte in einem anderen Verfahren wegen gewaltsamer Übergriffe gegen Demonstranten 24 ehemalige Funktionäre der Regierung Mubarak freigesprochen. Mehrere Anwälte der Opferfamilien hatten zu Prozessbeginn den Rücktritt des Richters gefordert.

Mubarak und der frühere Innenminister Ägyptens waren im Jahr 2012 zu lebenslanger Haft verurteilt, sechs Polizeioffiziere freigesprochen worden. Ein Berufungsgericht hatte das Urteil wegen Verfahrensmängeln aufgehoben.

### **Foltervorwürfe gegen Ägyptens Militär**

Ein von Präsident Mursi im Jahr 2012 in Auftrag gegebener Bericht zur Untersuchung der Gewalt während der Revolution und der anschließenden Militärherrschaft bestätigt der britischen Zeitung Guardian vom 11.04.13 zufolge Foltervorwürfe gegen Polizei und Militär. So sollen Ärzte in einem Militärkrankenhaus in Kairo angewiesen worden sein, verletzte Demonstranten ohne Anästhesie zu operieren. Das Militär soll auch für Folter und Verschwindenlassen von Oppositionellen verantwortlich sein.

## Libyen

### **Berater des Premierministers wieder frei**

Mohamed Ali Ghatus, Stabschef und Berater des Premierministers Ali Zidan, soll sich laut Abdel-Salam al-Qadi, Stellvertreter des Regierungschefs, seit 08.04.13 wieder in Freiheit befinden. Zu den näheren Umständen der Entführung Ghatus am 31.03.13 (in ersten Berichten hieß es am 01.04.13) und seiner Freilassung wurde nichts bekannt. Am 09.04.13 hat der Allgemeine Nationalkongress ein Gesetz beschlossen, welches Folter und Entführung sowie Diskriminierung auf Grund Zugehörigkeit zu einer Klasse, Gruppe, der Herkunftsregion, des Geschlechts oder der Hautfarbe unter Strafe stellt. Das Gesetz richtet sich gegen Übergriffe von Amtsträgern und droht Haftstrafen von sieben Jahren bis lebenslänglich an.

### **Führer islamistischer Miliz in Darna getötet**

Sufyan bin Qumu wurde am 14.04.13 in Darna erschossen. Er war früher in Guantanamo Bay in US-Haft und wird verdächtigt als Führer der islamistischen Miliz namens Ansar al-Sharia am Angriff auf das US-Konsulat in Bengasi beteiligt gewesen zu sein. Über die näheren Umstände der Tat ist nichts bekannt.

### **Ehemaliger Amtsträger unter Gaddafi in Darna getötet**

Ali al-Sharie, der frühere Ortssekretär des Allgemeinen Volkskongresses (Scheinparlament unter Gaddafi) in Darna, wurde am 10.04.13 abends von Unbekannten aus einem Kraftfahrzeug heraus erschossen, als er die Hamza Moschee in Darna verließ.

### **Vier ägyptische Christen freigelassen**

Am 11.04.13 wurden vier ägyptische Christen freigelassen, die wegen Missionierens in Haft saßen. Ein fünfter Christ soll in der Haft verstorben sein. Die Anklage wegen Missionierens sei ebenfalls aufgehoben worden.

### **Angriff auf Sebha-Polizeistation mit drei Toten**

Am 13.04.13 wurde eine Polizeistation in Sebha angegriffen. Drei Polizisten starben. Die Angreifer erbeuteten Waffen und Fahrzeuge. Vierzehn Tage zuvor waren zwei Offiziere der Armee bei einem Angriff auf eine militärische Einrichtung in der Stadt getötet worden. Siebzehn Bewaffnete sind nach dem Anschlag vom 13.04.13 festgenommen worden. Unklar ist, ob diese Festnahme im Zusammenhang mit einem der Anschläge erfolgte.

### **Auseinandersetzungen in Kufra mit zwei Toten und mehreren Verletzten**

Am 07.04.13 brachen zum wiederholten Mal Kämpfe in Kufra, einer südöstlichen Oasenstadt, aus. Wie beim letzten Zwischenfall im Januar 2013 lag ein Schwerpunkt nahe dem Universitätszentrum. Im Laufe der dreitägigen Auseinandersetzungen sollen zwei Personen getötet und mehrere verletzt worden sein. Laut Innenminister Ashour Shuwail ist die Lage wieder unter Kontrolle der Sicherheitskräfte, die man aber vorsichtshalber verstärken werde. Wer die Kämpfe auslöste, ist unklar. Teils wird, wie früher, behauptet, es seien bewaffnete Milizionäre gewesen. Andere sehen bewaffnete Zway für Angriffe auf die Tebou-Viertel in Kufra als verantwortlich an.

In Kufra gibt es Spannungen zwischen den Angehörigen der Stämme Zway (arabisch) und den Tebou (schwarzafrikanisch). Im Juni 2012 wurde ein Waffenstillstand zwischen den Volksgruppen durch die Regierung vermittelt, der bewaffnete Auseinandersetzungen weit größeren Umfanges beendete.

## **Serbien/Kosovo**

### **Serbien lehnt EU-Plan ab**

Eine Woche nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Serbien und Kosovo (vgl. BN v. 08.04.13) hat die Regierung Serbiens den EU-Vorschlag für ein Abkommen mit Kosovo erneut abgelehnt. Serbien will die Bedingungen der Verhandlungspartner nicht akzeptieren. Vielmehr müssten die Serben in Nordkosovo Zugriff auf die Polizei und die Justiz erhalten und Sicherheitskräfte der kosovarischen Regierung dürften nicht im Norden des Landes stationiert werden, heißt es. Zugleich sprach sich die serbische Regierung für eine Fortsetzung des Dialogs aus. Die diplomatischen Bemühungen um eine Einigung werden derzeit offenbar fortgesetzt.

Ziel weiterer Verhandlungen soll für Nordkosovo ein Verwaltungsmodell sein, das den Willen der serbischen Bevölkerung zur Selbstverwaltung respektiert ohne die Souveränität der kosovarischen Regierung infrage zu stellen. Aktuell ist noch keine Lösung abzusehen.

## **Westbalkan**

### **EU-Parlamentarusschuss billigt Notfall-Klausel zur Aufhebung der Visafreiheit**

Der Ausschuss des Europaparlaments für bürgerliche Freiheiten, Inneres und Justiz stimmte am 08.04.13 in Brüssel dafür, dass EU-Länder die Visafreiheit für Staatsangehörige aus bestimmten Nicht-EU-Ländern für eine begrenzte Zeit aussetzen können. Angesichts wachsender Asylbewerberzahlen aus den Westbalkanstaaten hatten sechs Staaten – darunter Deutschland und Frankreich – von der EU verlangt, eine Notfall-Klausel zu vereinbaren, die eine Visapflicht ermöglicht. Laut Beschluss des Ausschusses sollen EU-Staaten die Visafreiheit aufheben dürfen, wenn es einen „substanziellen und plötzlichen Anstieg“ bei der Zahl illegaler Einwanderer oder von unbegründeten Asylanträgen gibt – allerdings nur als „allerletzten Ausweg“.

Das Plenum des Europaparlaments und die Mitgliedsstaaten müssen nun darüber abstimmen. Sollten sie der Entscheidung folgen, wäre es den Mitgliedsstaaten 90 Tage nach Veröffentlichung eines Beschlusses im Amtsblatt der EU möglich, die Visa-Freiheit für ihr Hoheitsgebiet auszusetzen.

## **Somalia**

### **IWF erkennt Regierung an**

Am 12.04.13 erkannte der Internationale Währungsfonds die somalische Regierung offiziell an. Damit eröffnete er nach 22 Jahren Unterbrechung die Möglichkeit, dem Land technische Unterstützung und politische Beratung zukommen zu lassen.

### **Zahlreiche Tote durch Angriffe der al-Shabaab in Mogadischu**

Bei einem Angriff von Kämpfern und Selbstmordattentätern der al-Shabaab auf das Gebäude des Obersten Gerichts in Mogadischu am 14.04.13 kamen nach Angaben somalischer Sicherheitskräfte mindestens 29 Zivilisten und alle neun Angreifer ums Leben. 58 Personen wurden im Verlauf der dreistündigen Kämpfe verletzt. Die Explosion einer Autobombe auf einer Straße zum Flughafen Mogadischus kurz nach dem Angriff auf das Gerichtsgebäude forderte nach Polizeiangaben fünf Menschenleben. Der Anschlag soll sich

gegen einen Konvoi des türkischen Roten Halbmonds gerichtet haben. Unter den Toten sollen sich drei Mitarbeiter der Hilfsorganisation befinden.

## **Südsudan/Sudan**

### **Präsident al-Bashir zu Besuch in Südsudan**

Zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Südsudans besuchte Sudans Präsident al-Bashir am 12.04.13 seinen Amtskollegen Salva Kiir Mayardit. Das von Kommentatoren als „historischer Besuch“ bezeichnete Treffen soll der Versöhnung der beiden Staaten und der Normalisierung ihres Verhältnisses dienen. Nach den Worten von Salva Kiir sei Einigung über die Wiederaufnahme der Ölgeschäfte und des Handels erzielt worden. Die Verhandlungen über umstrittene Gebiete sollen fortgesetzt werden.

### **Südsudan liefert wieder Öl über Sudan**

Am 13.04.13 traf erstmalig seit Januar 2012 wieder südsudanesisches Erdöl in Sudan ein. Südsudan hatte wegen Streitigkeiten über die Nutzungsgebühren für die sudanesischen Pipelines zum Ölhafen Port Said die Produktion im Januar 11 gestoppt. Im August 2012 konnten beide Staaten eine grundsätzliche Einigung erzielen. Zum Durchbruch kam es jedoch erst im März 2013.

## **Mali**

### **Tote bei Selbstmordanschlag**

In Kidal im Nordosten Malis kamen am 12.04.13 mindestens drei tschadische Soldaten bei einem Selbstmordanschlag ums Leben, vier Soldaten wurden nach Angaben des tschadischen Generalstabs schwer verletzt.

### **Foltervorwürfe gegen das Militär**

Nach einem Bericht von Human Rights Watch vom 11.04.13 starben in einem Gefängnis in Bamako zwei Tuareg, die zusammen mit fünf weiteren Angehörigen dieser Ethnie im Februar 13 festgenommen worden waren. Die Toten sollen Human Rights Watch zufolge von Soldaten gefoltert worden und wahrscheinlich aufgrund von starker Hitze in ihrer Zelle möglicherweise in Verbindung mit den zuvor erlittenen Verletzungen ums Leben gekommen sein. Die Tuareg waren der Unterstützung islamistischer Rebellen verdächtigt worden.

## **Nigeria**

### **Boko Haram lehnt Amnestie ab**

In einer am 25.04.13 der Nachrichtenagentur AFP per Email übermittelten Audio-Botschaft lehnte Abubakar Shekau, Anführer der Hauptfraktion der islamistischen Terrororganisation Boko Haram, eine mögliche Amnestieregelung der Regierung ab. Boko Haram habe nichts Falsches gemacht. Im Gegenteil, es käme nur in Betracht, dass Boko Haram der Regierung für die an Muslimen verübten Gräueltaten verzeiht. Dies lehnte Shekau ab. Staatspräsident Jonathan hat am 04.04.13 einen Ausschuss eingesetzt, der innerhalb von zwei Wochen die Möglichkeit eines Amnestieangebots für Boko Haram prüfen soll. Seit 2009 sind im Rahmen des Konflikts mit Boko Haram mehr als 3.000 Menschen durch Anschläge der Terrororganisation oder Maßnahmen der Sicherheitskräfte getötet worden.

### **Anschlag auf Polizeistation im Bundesstaat Yobe**

Am 11.04.13 griffen Bewaffnete, vermutlich Angehörige der radikal-islamischen Organisation Boko Haram, das Hauptquartier der Polizei in Babangida, Verwaltungssitz der Tarmuwa Local Government Area, im nordöstlichen Bundesstaat Yobe an. Beim Gefecht mit den Polizisten starben laut Polizeiangaben fünf Angreifer sowie vier Polizisten. Nach anderen Angaben sollen bei dem Schusswechsel vier Polizisten und drei Zivilisten getötet sowie zwei weitere Polizisten verwundet worden sein.

## **MEND droht mit anti-islamischen Anschlägen**

Die vorwiegend im ölreichen Niger-Delta in Südnigeria aktive militante Gruppe MEND („Movement for the Emancipation of the Niger Delta“) drohte am 13.04.13 in einer Email ihres Sprechers Jomo Gbomo ab dem 31.05.13 mit anti-islamischen Anschlägen. Der unter dem Codenamen „Barbarossa“ geplante „Kreuzzug“ soll das Christentum in Nigeria vor seiner Vernichtung retten und u.a. Bombenanschläge auf Moscheen, Haj-Lager, islamische Institutionen, große Versammlungen von Gläubigen bei islamischen Festen sowie Attentate auf islamische Hassprediger umfassen. Gleichzeitig erklärte MEND, die Operation abzusagen, wenn die „Christliche Vereinigung von Nigeria“ (CAN), die katholische Kirche oder Henry Okah – in Südafrika am 26.03.13 zu 24 Jahren Haft verurteilter früherer MEND-Anführer – dies verlangten. Eine Absage erfolge zudem, wenn die Führung der in Nord- und Zentralnigeria aktiven islamistischen Terrororganisation Boko Haram eine Zusicherung abgebe, dass sie die auf Christen verübten „Feindseligkeiten“ beende. Auch bekannte sich MEND zur Zerstörung des Ölbohrlochs „Well 62“ am 13.04.13 im Dorf Ewellesuo (Nembe Local Government Area, Bundesstaat Bayelsa) im Rahmen der Operation „Hurricane exodus“.

## **DR Kongo**

### **Offiziere wegen mutmaßlicher Beteiligung an Massenvergewaltigungen suspendiert**

Am 11.04.13 teilte ein UN-Sprecher mit, dass die kongolesische Armee zwölf Offiziere wegen mutmaßlicher Verstrickung in die Massenvergewaltigungen vom November 2012 im Ostkongo vom Dienst suspendiert und der Militärstaatsanwaltschaft übergeben hat. Laut Untersuchungen der UN-Friedensmissionen im Kongo (MONUSCO) haben vom 20.11. bis 30.11.12 in der Stadt Minova (etwa 50 km westlich der ostkongolesischen Provinzhauptstadt Goma, Provinz Nord-Kivu) Armeesoldaten 126 Frauen vergewaltigt, nachdem die Regierungstruppen nach der Eroberung Gomas durch die M23-Rebellen nach Minova geflüchtet waren. Viele Täter konnten identifiziert werden. Die MONUSCO hatte die Regierung in Kinshasa zuletzt am 25.03.13 aufgefordert, innerhalb von sieben Tagen wegen der Massenvergewaltigungen etwas zu unternehmen, andernfalls werde die Unterstützung für zwei an den Vergewaltigungen beteiligten Bataillone eingestellt.

## **Uganda**

### **Ritualmorde an Kindern**

Ritualmorde an Kindern nehmen zu. Nach Angaben einer Dozentin der Universität in Kampala wurden bis vor wenigen Jahren hauptsächlich Vögel und kleine Tiere rituell getötet. Jetzt wollen ugandische Geschäftsmänner vor ihrem nächsten Großprojekt durch die Ritualmorde eine Art „Blut-Versicherung“ für den Erfolg. Einem Bericht der Kinderrechtsorganisation „Humane Africa“ zufolge leben die jungen Opfer meist noch, wenn ihnen Körperteile entfernt werden.

## **Zentralafrikanische Republik**

### **Rebellenführer neuer Präsident/angespannte Lage**

Rebellenführer Michel Djotodia ist drei Wochen nach dem Sturz der Regierung offiziell zum Präsidenten der Zentralafrikanischen Republik bestimmt worden. Der nach dem Umsturz gebildete Nationale Übergangsrat wählte ihn in einer offenen Abstimmung ohne Gegenkandidat. Dem Rat gehören Repräsentanten zahlreicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen an. Djotodia hat versprochen, dass binnen 18 Monaten Wahlen stattfinden. In der vor zwei Wochen gebildeten Übergangsregierung befindet sich auch ein Mitglied der Partei des ins Exil vertriebenen Präsidenten François Bozizé. Das Rebellenbündnis Seleka (Allianz) hatte Bozizé gestürzt, weil es ihm vorwarf, eine Friedensvereinbarung nicht eingehalten zu haben.

Nach Angaben des Roten Kreuzes wurden bei den Unruhen am 14.04.13 mindestens 17 Menschen getötet. Zwar hat der neue Präsident erklärt, dass er für Ruhe und Frieden sorgen will, doch in der Bevölkerung herrscht Angst vor den schwer bewaffneten Kämpfern. Immer noch sind Zehntausende auf der Flucht.

Nach Angaben von UNICEF gebe es „klare Hinweise auf die fortwährende Rekrutierung von Kindern durch bewaffnete Gruppen“. Plünderungen und bewaffnete Raubüberfälle beeinträchtigen auch die humanitäre Hilfe.

## **China**

### **Hinrichtungen**

China führt – vor dem Iran, dem Irak, Saudi-Arabien und den USA – die am 10.04.13 von Amnesty International veröffentlichte weltweite Statistik der Hinrichtungen für das Jahr 2012 an. Wie bereits seit 2009 nennt die Organisation keine konkrete Zahl für China, sondern geht von tausenden Hinrichtungen aus; das sind mehr, als in allen anderen Ländern zusammen (682). Die Zahl der Hinrichtungen wird in China als Staatsgeheimnis behandelt.

## **Myanmar**

### **Gewalt gegen Muslime**

Verschiedenen unbestätigten Berichten zufolge gibt es Hinweise darauf, dass während der Gewalt gegen Muslime in Meiktila am 21.03.13 bis zu 36 Schüler und Lehrer einer Koranschule umgebracht wurden. Deren Verbleib ist nach wie vor ungeklärt; Zeugen wollen gesehen haben, wie außerhalb der Schule Leichen verbrannt wurden. Ein Feuer, dem am 02.04.13 in Rangun 13 Schüler einer Koranschule zum Opfer fielen, ist einem am 10.04.13 bekannt gewordenen offiziellen Untersuchungsbericht zufolge nicht auf Brandstiftung zurückzuführen. Gerüchte über einen Anschlag hatten vor dem Hintergrund der jüngsten Unruhen für Aufsehen gesorgt.

Die beiden Eigentümer des Geschäfts, deren Streit mit Kunden die Unruhen vom März auslösten (siehe BN vom 25.03.13), wurden am 11.04.13 zusammen mit einem Angestellten u.a. wegen Raubes und schwerer Körperverletzung zu je 14 Jahren Haft verurteilt. Wie die Polizei in Meiktila bekanntgab, wurden insgesamt 70 Personen im Zusammenhang mit der Gewalt festgenommen, darunter 28 Muslime und 42 Buddhisten.

### **Antimuslimische Agitation**

Buddhistische Mönche der „969-Bewegung“ machen seit Monaten Stimmung gegen Muslime. Die Zahl 969 steht für verschiedene buddhistische Glaubenselemente. In Reden, auf Flugblättern und auf CDs ruft die Bewegung Buddhisten dazu auf, den Umgang mit Muslimen zu meiden und ihre Geschäfte zu boykottieren; auch spricht sie sich gegen Heiraten buddhistischer Frauen mit Muslimen aus. Anders als die Rohingya im Rakhine State sind Muslime in Zentralmyanmar, dem Schauplatz der jüngsten Gewalt zwischen Buddhisten und Muslimen vom März 2013, häufig wohlhabender als ihre buddhistischen Nachbarn. In Meiktila, wo ganze Straßenzüge zerstört wurden, besaßen die Muslime – etwa 30 Prozent der Bevölkerung – Immobilien in besten Lagen und prägten die Geschäftswelt.

Verschiedene Beobachter sehen die Agitation der 969-Bewegung zumindest als mit ursächlich für die möglicherweise organisierten Unruhen zwischen Buddhisten und Muslimen vom Juni und Oktober 2012 und vom März 2013. Eine bekannte Stimme der Bewegung ist der Mönch Wirathu aus einem Kloster in Mandalay. Wirathu war 2003 zu 25 Jahren Haft verurteilt worden, weil er zu Gewalt gegen Muslime aufgerufen hatte. 2012 wurde er im Rahmen einer Amnestie freigelassen. Aktuell agiert die 969-Bewegung anscheinend weitgehend ungehindert.

Gewalt gegen Muslime, die landesweit etwa vier bis zehn Prozent der Bevölkerung stellen, brach in Myanmar mehrmals während der letzten Jahrzehnte aus, zuletzt 2003, 2006 und 2012.